

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Geprägtes: Jedes Auer Blatt
Preis im Jahre monatlich 1.000 Mark.
Abstellungen nehmen die Postämter
und für Auswärtige die Postanstalten
in Leipzig. — Erhältlich auch täglich.
Verlagsort: Auerbach Nr. 23.
Telegraphische Anzeiger-Verlag.
Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Abbestellen: Die Abbestellung
besteht für Auerbach aus 100 Mark, auswärtige
Abbestellung 120 Mark, für Auerbach
100 Mark. Bei größeren Ab-
bestellungen entsprechende Rabatte.

Nr. 44

Mittwoch, den 21. Februar 1923

18. Jahrgang

Der Vorstoß der Opposition im Unterhaus.

Aus der Rede Lloyd Georges:

Die englische Freundschaft für Frankreich und seine Bevölkerung ist nach wie vor vorhanden. Die französische Aktion hat sich als eine falsche Rechnung erwiesen. Frankreich wird das selber früher oder später einsehen. Die französische Politik ist auf falschem Wege. England konnte sich unmöglich dieser Operation anschließen und die einzige Haltung, die es einnehmen konnte, war die, die unsere Regierung tatsächlich eingenommen hat, ohne gleichzeitig die guten Beziehungen zu Frankreich zu gefährden. Es fällt mir jedoch schwer, zu glauben, daß Frankreich bei der Besetzung der Ruhr einzig und allein den Gedanken hatte, sich bezahlen zu lassen, denn die Bezahlung der Reparation wird dadurch nicht erreicht werden. Ich glaube im Gegenteil, daß Frankreich andere Absichten verfolgt. So ist gegenwärtig die politische Aussicht meiner Ansicht nach, und das ist sehr zu bedauern.

Frankreich kann natürlich Deutschland den Hals zuschneiden. Wer aber glaubt, daß diese Politik irgendwelche positiven Resultate zeitigen wird, irrt sich gewaltig. Wenn in Deutschland Unruhen ausbrechen würden, so wäre dies eine größere Gefahr für England und Frankreich als für Deutschland selbst. Es wäre die größte Gefahr für Europa. England hätte vorge schlagen, daß Frankreich mit Deutschland sich einigen soll. Frankreich hat dies aber abgelehnt. Dessen ungeachtet würde natürlich England an Frankreichs Seite stehen, wenn Deutschland es mit Waffengewalt angreifen würde. Die Ruhraktion hat den nationalistischen Revanchegedult in Deutschland, der seit vier Jahren schlummerte, erneut wachgerufen. Dieser Nationalismus ist seit dem Waffenstillstand zu Boden gedrückt gewesen. Frankreich hat sich selbst geschadet.

Man dachte, Amerika würde eingreifen. Die einzige Hilfe, die uns kommen könnte, wäre von Amerika, und wir müssen Hilfe von Amerika bekommen. Amerika hat den größten Goldbestand der Welt. Amerika müßte eingreifen und die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich klären. Amerika kann die Schwierigkeiten Frankreichs aus der Entfernung nicht richtig beurteilen. Was uns anbetrifft, müssen wir mit dem Zustand des deutschen Volkes Mitleid haben und der deutschen Nation unsere Hilfe nicht versagen.

Bonar Law,

der als einziger Minister das Wort ergriff, führte u. a. aus: Die Regierung glaube nicht, daß es den englischen Interessen oder den Interessen der Welt zum Nutzen gereiche, wenn sie gegenüber Frankreich eine feindselige Haltung einnehme. Die wesentlichste Frage sei, ob irgendeine Intervention zweckmäßig sein würde oder nicht. Angesichts der Feindseligkeit Frankreichs und der wahrscheinlichen Feindseligkeit Belgiens und Italiens gegenüber dem Vorschlag einer Intervention des Völkerbundes würde ein solcher Vorschlag den Ruin des Völkerbundes bedeuten. Weiter erklärte der Premier, er könne auf der anderen Seite auch nicht der Anschauung derjenigen Kreise zustimmen, die meinen, daß bei einer Teilnahme Englands an der Ruhrokkupation Deutschland die Bedingungen Frankreichs annehmen werde. Denn die jetzige französische Politik bestehe darin, Sanktionen zu ergreifen und unmögliche Bedingungen zu stellen. Er glaube, daß Deutschland seine jetzige Haltung aus Verzweiflung eingenommen habe, weil es die Unmöglichkeit dieser Bedingungen eingesehen habe. (Großer Beifall bei der Opposition.) Indessen, so fuhr Bonar Law fort, würde eine Intervention Englands im gegenwärtigen Zeitpunkt von Frankreich als ein feindseliger Akt angesehen werden. Es ist also besser, wenn man mit einer solchen Intervention wartet, bis sich eine günstige Gelegenheit bietet. Bonar Law schloß, er wolle noch einmal wiederholen, daß die Regierung zur Schlussfolgerung gelangt sei, daß es im Interesse der Entente liegen würde, die englischen Truppen so lange wie möglich in Deutschland zu belassen.

Vor Eintritt in die Debatte wurde Bonar Law um Abgabe einer Erklärung über die künftigen Verhandlungen zwischen England und Frankreich ersucht. Er lehnte eine Mitteilung ab und sagte nur: Wir haben der französischen Regierung gewisse Vorschläge gemacht, aber ihre Antwort noch nicht erhalten, und ziehen es, solange diese Antwort nicht eingetroffen ist, vor, die Angelegenheit nicht zu erörtern.

Poincaré über die Ruhraktion.

Poincaré gab nun endlich die so lange verweigerter Erklärung im französischen Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten über die Ruhraktion ab. Der darüber vorliegende Bericht aus Paris bringt freilich wenig oder gar nichts Interessantes. Poincaré sprach natürlich zuerst über die Verfehlungen Deutschlands, die die Besetzung des Ruhrgebietes veranlaßt hätten. Er sprach über die Abschließung der neutralen Zone, um die Ausfuhr von Kohlen, Koks, metallurgischen und anderen Erzeugnissen zu verhindern. Er gab Kenntnis von dem Widerstand, der durch die deutsche Regierung veranlaßt worden sei, und von den Sanktionen, welche ergriffen wurden. Nach dreieinhalbstündiger Auseinandersetzung unterbrach Poincaré sein Exposé über das Ruhrgebiet und schlug dem Ausschuß vor, es nächste Woche in einer neuen Sitzung fortsetzen zu dürfen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. — Der Vorsitzende des Ausschusses Abg. Lehgues dankte dem Ministerpräsidenten für seine umfassenden Erläuterungen, die es nunmehr dem Ausschuß gestatteten, sich Resolutionsabzulegen von der auswärtigen Politik der Regierung und von den klaren, festen Methoden, die sie angewandt habe, um Frankreichs Interessen zu schützen.

Die offiziellen Versicherungen, daß es Poincaré in der Ausschlußsitzung gelungen sei, die Sorgen der Ausschlußmitglieder wegen der Ruhraktion zu beschwichtigen, werden in französischen politischen Kreisen mit Mißtrauen und bedeutungsvollem Lächeln abgetan. Allem Anschein nach haben die meisten Teilnehmer an der Sitzung den Eindruck gewonnen, daß die Angaben des Ministerpräsidenten den

Mißerfolg der Ruhraktion

im vollen Umfange bestätigen. Die meisten Ausschlußmitglieder haben nach der Sitzung jede Auskunft abgelehnt. Lardieu beschränkte sich darauf, den Pressevertretern, die ihn mit Fragen bestürmten, zu erwidern: „Die Unterhaltung ist noch nicht zu Ende.“ Ein anderer Abgeordneter antwortete auf die Frage, was in der Sitzung vorgegangen sei, unter Hinweis auf die von Poincaré verlesenen Aktenstücke, lächelnd: „Nichts! 15 Kilogramm Papier!“ Auch Poincaré hatte natürlich nach der Sitzung den Ansturm der Pressevertreter zu übersehen. Er lehnte jede Mitteilung mit dem Bemerkten ab, daß alle Teilnehmer an der Sitzung sich zum Schweigen verpflichtet hätten. Poincaré geriet in großen Jörn, als er hörte, daß trotz des Schweigebots Indiskretionen begangen wurden. Er verließerte den Pressevertretern, die angegebenen Ziffern seien „falsch“. Er habe überhaupt keine Ziffern mitgeteilt, und nach dieser Verlegung der Schweigepflicht würde er nicht mehr vor dem Ausschuß erscheinen. Diese

Ziffern

sind von den meisten Blättern veröffentlicht worden. In diesen Veröffentlichungen finden sich aber Abweichungen, die beweisen, daß die Zahlen mit einer gewissen Vorsicht aufgenommen werden müssen, da Irrtümer nicht ausgeschlossen sind. So wird die Kohlenmenge, die seit der Ruhraktion nach Frankreich geschafft wurde, von den einen auf 1026 „Büge“, von den anderen auf 1026 „Waggons“ geschätzt, von wenigen sogar auf 1026 „Tonnen“ angegeben.

Vom Einbruchgebiet.

Degoutte verordnet.

General Degoutte hat in einer Anordnung die bereits erlassenen Ausfuhrverbote ausgedehnt auf Häutenfabrikate, Halbfabrikate, Nebenfabrikate sowie Fabrikzeugnisse aller Art. Die Nebenmittelzufuhr wird bis auf weiteres bestehen bleiben. Ferner hat der General eine Verordnung über die Sperrung des etwa erbauten oder im Bau befindlichen Schiffshäufens, das auf Grund der Wiederherstellung der veränderten Regelungen ausgeliefert werden muß, erlassen. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe von 100 Millionen Mark und Gefängnis von 5 Jahren oder mit einer dieser Strafen geahndet. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Der Oberbürgermeister von Auer verhaftet.

Der Oberbürgermeister Zimmermann von Auer ist verhaftet und nach Reddinghausen gebracht worden, weil er die Abgabe von Gas an den von den französischen Truppen besetzten Bahnhof Auer-Nord verweigert habe. Der Bürgermeister von Oberfeld ist ausgenistet worden.

Ständische Lage der Verhafteten.

Ueber die Unterbringung der von den Franzosen gefangen Gesehten in Bresdench wird bitter geklagt. Im Bresdencher Gymnasium ist für die Gefangenen ein Raum hergerichtet worden, in dem für 20 Personen Platz

ist, während tatsächlich dort zeitweise bis zu 50 Personen untergebracht wurden. Oberbürgermeister Habenschkel, Bürgermeister Schäfer und andere befinden sich in Einzelzellen im Rathaus zu Bresdench. In diese Zellen wurden früher nur gewöhnliche Verbrecher eingesperrt und zu deren Schutz bestand schon damals die Vorschrift, daß eine Person höchstens 24 Stunden in einer solchen Zelle untergebracht werden dürfe. Jetzt sitzen diese Herren schon eine Woche und länger immer in demselben Raum. Montag vormittag verfuhr die Gattin des Bürgermeisters Schäfer, ihren Gatten in Bresdench zu besuchen. Der französische General lehnte ihre Bitte ab.

Belgisches Robott.

Ein belgisches Kandidatauto stieß auf der Straße Moers-Düsseldorf mit einem Fuhrwerk zusammen, wobei der Fahrer schwer verletzt wurde. Der süßlichste weckerfahrende Kraftwagen überfuhr noch an einer Kurve mehrere deutsche Personen. Der Führer des Autos, ein belgischer Soldat, wurde selbst hinausgeschleudert, er litt aber keine erhebliche Verletzung.

Die täglichen Eisenbahnfälle.

In Döhlfen sind zwei von französischem Personal geführte Züge zusammengestoßen. Drei Soldaten wurden getötet, 13 schwer und eine Anzahl leicht verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend.

In den Bahnhof Brühl war ein französischer Proviantzug eingelaufen. Als das französische Personal die Maschine zurückfahren wollte, fuhr diese auf einen französischen Personenzug auf, wodurch die Lokomotive und vier Wagen des Personenzuges stark beschädigt wurden. Durch das Unglück wurde die Strecke Brühl-Bohmsthal gesperrt.

Auf der Kupferhütte in Lützburg fuhr eine Lokomotive gegen ein eisernes Tor. Dieses stürzte ein und begrub drei Arbeiter unter sich, die sofort getötet wurden.

Die täglichen Diebstähle der „großen Nation“

Da die Franzosen dazu abgegangen sind, nach dem unbesetzten Deutschland bestimmte Postpakete aus den Zügen zu werfen und zu beschlagnahmen, so in Hensen und Oberkassel, nehmen die Postanstalten des besetzten Gebietes von jetzt ab keinerlei Postpakete nach dem unbesetzten Deutschland, nach dem Einbruchgebiet sowie dem Ausland mehr an.

Eine halbe Kompagnie kauft sechs Schreibmaschinen!

Am Sonntag nachmittag riefte eine halbe Kompagnie vor das Rathaus von Reddinghausen, drang mit Gewalt in die Büroräume und raubte sechs Schreibmaschinen im Werte von sechs Millionen Mark.

Enttäuschte Diebe.

Französische Gendarmen drangen in das Hauptpostamt Koblenz ein und verlangten Geld und die Kassenschlüssel. Dem Postsupernumerar Wanderscheid gelang es, 5 Millionen Mark zum Fenster hinauszuworfen und den Kassenschlüssel zuzuschlagen. Ein anderer Postbeamter, der sich draußen aufhielt, fing das Geld auf und brachte es in Sicherheit. Die Franzosen schlugen mit Häufeln auf Wanderscheid ein und schleppten ihn gefesselt in das Gefängnis.

Unglaublich hohe Bezahlung.

Die Franzosen haben im Hafen Mühlhagen Störche in der Nähe von Karnay mehrere Schiffe beschlagnahmt und die Insassen mit Gewalt daraus vertrieben. Zum Teil haben sie das Eigentum der Schiffleute in den den Kanal geworfen.

So springen die Franzosen mit uns um. Die Welt aber schweigt. Amerika weiß nicht, ob sein Eingreifen auch erwünscht ist. Sie und da ein Vereinzelter, der gegen die gallischen Mordbunde wettert, sonst seltener Schwelger. Nur Amerika macht etwas. Besonders Amerika stümt französische Goldentaten!

Der gestimmte Sturm.

Als das Postpräsidium von Offen besetzt wurde, sind die Franzosen direkt kriegsmäßig vorgegangen. Die Soldaten kamen im Sturmsturm an, warren sich auf der Erde und stürmten weiter, bis sie das Postpräsidium erreicht hatten. Wie beschaffen war, daß die Beamten ihnen bewaffneten Widerstand leisten würden. Montag nachmittag wurde zum allgemeinen Erschauern der Untertanen des Postpräsidiums diese Erklärung noch einmal wiederholt. Es war nämlich ein amerikanischer Filmopereur erschienen, der um Wiederholung dieser „Goldentat“ gebeten hatte, die von den Franzosen bereitwilligst zugesagt wurde.

Man wird sich in Amerika freuen, daß die Amerikaner den Krieg endlich nach Deutschland selber hineingebracht haben (nachdem man vorher durch seinen Krieg Deutschland in seinen Fesseln gehalten hat). Senfaktion: Die Bezahlung Koblenz im Rhein.

In den Eingängen wird wachsam für die Aufnahme gesammelt werden. Denn die Parteien sind fröhlich.

Kommunistische Mächtigungen.

Die Stadtverwaltung von Eilen und die Gewerkschaften haben sich mit dem preussischen Minister des Innern, Besetzung in Verbindung gesetzt und letzte Nacht fanden Verhandlungen und Beratungen über die neue Lage nach Auflösung der Schutzpolizei statt. Die 600 Vollzugsbeamten, welche die Franzosen jetzt gestattet haben, würden auf eine Million Einwohner kommen, von denen etwa die Hälfte auf Eilen-Stadt, die andere Hälfte auf Eilen-Land entfällt. Die Kommunisten fangen bereits an, sich militärisch zu organisieren und es wird behauptet, daß z. B. in der Gussstahlfabrik von Krupp bereits eine sehr starke Organisation durchgeführt sei. Man weiß nicht, wie weit diese Organisation geht, aber sie ist unbedingt eine Gefahr und würde sich zu einer noch größeren auswachsen, wenn nicht wieder ein polizeilicher, von deutscher Seite kommandierter Schutz aufgestellt wird.

Die Nationalsozialisten stärken die Einheitsfront.

In der Nacht zum Sonntag wurde in einem Altonaer Hotel eine Geheimversammlung von etwa 150 jungen Leuten durch den Polizeichef aufgelöst. Sämtliche Teilnehmer wurden festgenommen. Es handelt sich um eine Versammlung der in Preußen verbotenen nationalsozialistischen bzw. großdeutschen Arbeiterpartei. Unter den festgenommenen befanden sich Mittelmeister a. D. Raben, gegen den bereits ein Verfahren wegen Geheimbündelerei schwebt, und Oberleutnant a. D. Kohbach. Diese beiden sowie drei weitere Führer wurden in das Polizeigefängnis eingeliefert, jedoch in der Nacht zum Montag wieder entlassen, da Fluchtverdacht nicht vorlag. Die meisten Versammlungsteilnehmer waren mit Tischschlägern, Gummiknüppeln usw. versehen. Bei der Verhaftung wurde umfangreiches Verlagsmaterial beschlagnahmt.

Der französische und belgische Bergarbeiterstreik.

Während der Bergarbeiterstreik in Frankreich abzuflauen beginnt, streiken im belgischen Kohlenzentrum Borinage jetzt 27 000 von 35 000 Bergleuten. Die Kohlenvorräte Belgiens nehmen merklich ab und belaufen sich nach einer aus Brüssel vorliegenden Meldung auf insgesamt nur noch 202 000 Tonnen.

Die Franzosen verlassen Memel.

Die französischen Besatzungstruppen haben Memel in aller Stille geräumt. Die Kasernen wurden von den Litauern bezogen. Die Franzosen begaben sich auf ihre im Hafen liegenden Schiffe. Sämtliche Kriegsschiffe der Alliierten haben im Laufe des Montag den Memeler Hafen verlassen.

Polens Bedingungen zur Memelfrage.

Die polnische Regierung erließ ein Communiqué, worin betont wird, daß die Festlegung des Statuts für den Memeler Hafen die Aufgabe einer Sonderkonferenz unter Beteiligung der interessierten Mächte, darunter Polens, bilden müsse. — Polen vertrete ferner den Standpunkt, daß an die Zuteilung des Memellandes an Litauen folgende Bedingungen geknüpft werden müßten: Anerkennung der Zuteilung des Winagebiets an Polen, endgültige Grenzregelung mit Polen und Anerkennung der Internationalisierung des Memelflusses.

Endlich Zuchthaus für Wucherer und Schieber.

Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte am 20. Februar die Beratung des Notgesetzes in erster Lesung fort. Angenommen wurde ein Antrag des bairischen Volksparteilers Emminger, der für die verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände Zuchthaus bis zu 5

Jahren, in besonders schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren neben Geldstrafen in unbeschränkter Höhe vorschlug. Das Zuchthausstrafe bis zu 15 Jahren wird auch für besonders schwere Fälle von Schleichhandel und vorläufige Freiheitsberaubung festgesetzt. Der Antrag wurde angenommen, nachdem ein solcher beschaffen Abgeordneter der für besonders schwere Fälle vorläufiger verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände die Todesstrafe setzen wollte, gegen seine Stimme, diejenige eines Benizumannes und eines Deutschen Volksparteilers abgelehnt worden war. Der Reichsjustizminister Dr. Heine wie ausdrücklich auf die Bedenken hin, die sich aus einer derartigen Überbannung der Strafbestimmungen ergeben. Angenommen wurde gegen die Stimmen der Demokraten und der Deutschnationalen der sehr bedenkliche Antrag Bohl (Zentr.), daß schon bei dem Verdacht der Freiheitsberaubung, des Schleichhandels und der verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände die vorläufige Schließung des Geschäftes des Täters anzuordnen ist, ohne daß das Urteil abzuwarten ist.

Die neuen Sätze für die Vermögenssteuer und die Zwangsanleihe.

Nach den Beschlüssen der Steuerkommission des Reichstages. Der Steueraussschuß des Reichstages beschäftigte sich mit den Bewertungsvorschlägen für die Vermögenssteuer und die Zwangsanleihe und mit einem Zahlungsproblem. Er nahm die vom Unterausschuß gemachten Vorschläge an, wobei sich jedoch die Vertreter aller Parteien ihre endgültige Stellungnahme für die zweite Lesung vorbehalten. Nach den Vorschlägen des Unterausschusses werden sämtliche Grenzsteuersätze

Table with 2 columns: Vermögenssteuersatz and Zwangsanleihe. Rows show percentages for different income levels from 1 to 20 million marks.

Das Gesetz über die Zwangsanleihe

wird dahin abgeändert, daß der Zehnjahrespreis beträgt: für die im Juli 1922 gezeichnete Zwangsanleihe 94 v. H., im August 96 v. H., im September 98 v. H., für die vom 1. Oktober 1922 bis 31. März 1923 gezeichnete Zwangsanleihe 100 v. H. des Nennwertes. Zwangsanleihebeträge, die bis zum 31. August 1922 unter Bezeichnung des Zehnjahrespreises gezeichnet worden sind, werden auf den endgültig zu zahlenden Zwangsanleihebetrag zum doppelten Nennwert angerechnet. Der Tarif für die Zwangsanleihe der natürlichen Personen wird folgendermaßen festgesetzt: Von den ersten 400 000 Mark des Vermögens 1 v. H., von den nächsten 600 000 Mark 2 v. H., von den nächsten 1 Million Mark 4 v. H., von den nächsten 1 Million Mark 6 v. H., von den nächsten 1 Million Mark 8 v. H. und darüber hinaus 10 v. H.

Von Stadt und Land.

Am 21. Februar.

Sächsischer Landtag.

Der Landtag stimmt am Dienstag, den 20. Februar ohne Debatte einem Ausführungsgezet zu, nachdem das Reichamt Leipzig die Rechte einer öffentlich rechtlichen Korporation erteilt. Sodann wählte ein Antrag Urz (Soz.) zur Durchführung der nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten nötigen Reformen ein Nachtragsgesetz zum Wasserfahrgesetz, sobald der wesentliche Inhalt der Reichswasserfahrgesetzordnung bekannt geworden ist. Darauf begründete der Demokrat Dr. Weigel zwei Anträge seiner Fraktion. Der erste will das Fischereirecht für ganz Sachsen einheitlich gestalten, der zweite erstrebt eine Reform der demotri rechtlichen Bestimmungen des sächsischen Jagdrecht. Nach längerer Aussprache, an der sich noch die Abg. Wagenseher (Dn.), Bäcker (D. Sp.), Weinel-Tannenber (D. Sp.) und Köhn (Soz.) sowie der Minister teilhaft beteiligten, gingen auch diese beiden Anträge an den Reichsausschuß. Urz 11 Uhr hatte die Sitzung begonnen, um 1/4 Uhr war sie zu Ende.

Landtagsauflösung?

Die sächsische Regierungskette möchte sich immer mehr auf. Die wüste Agitation, die von den Kommunisten schon jetzt mit der Tatsache betrieben wird, daß die Sozialdemokraten mit den Demokraten in informatorische Besprechungen eingetreten sind, hat den radikalen Flügel der sozialdemokratischen Partei in Sachsen mobil gemacht. In der sozialdemokratischen Presse, in Parteiversammlungen wird die Frage der Regierungsbildung besprochen, und zwar immer mit dem gleichen Ergebnis: Die besonnenen Politiker, die aus dem Zwange der Verhältnisse und dem herabwürdigenden Verhalten der Kommunisten die einzig mögliche Lehre ziehen wollen, schließen sofort, wenn die unbedarrenden Radikalen mit großem Vorwitz die Unmöglichkeit einer Koalition mit Bürgerlichen betonen. Unter dem Druck der unbedarrenden Gesinnungsgenossen steht heute bereits die Mehrzahl der alten Regierungsmitglieder und die Mehrheit der Landtagsfraktion.

Wann fallen die Preise? Das sächsische Wirtschaftsministerium verfolgt mit größter Aufmerksamkeit die Bewegung der Devisenkurse und der Warenpreise und wird alle Maßnahmen treffen, die ihm wirklich Erfolg versprechen, um eine dem Fallen der Devisenkurse entsprechende Senkung der Warenpreise herbeizuführen. Auf welchem Wege das geschehen wird, steht im Augenblick noch nicht fest. Hoffentlich brauchen wir nicht allzu lange darauf zu warten!

Arbeitsjubiläum. Der Tischler Emil Thiele feierte am heutigen Tage sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Firma Erdmann Kirchs. Er wurde von seinen Mitarbeitern und der Firma in reichem Maße beschenkt.

Zugverbesserung zur Leipziger Messe. Der 5 Uhr 59 Minuten früh von Schwarzberg abfahrende Zug 1973 verkehrt ausnahmsweise auch am Sonntag, den 4. März, dem Eröffnungstag der Leipziger Frühjahrsmesse.

Konzerte.

Kammermusikabend des Volksbildungsausschusses. Generalmusikdirektor Malota (Klavier), Konzertmeister Bobell (Violine) und Konzertmeister Mann (Cello) spielten das 3. Trio von Schubert von Beethoven und ein Trio von Duruflo, über dessen Annehmlichkeit die Vortragenden leider nichts sagte. Die drei Chemnitzer Künstler leisteten mit der Vortragsweise des Beethoven-Trios Hervorragendes. Technisch untadelig und mit Befassung vorgetragen,

Michael Kohlhaas.

Eine Erzählung von Heinrich von Kleist.

(16. Fortsetzung.)

Es traf sich aber, daß die Krone Polen gerade damals, indem sie mit dem Hause Sachsen, um welchen Gegenstandes willen, wissen wir nicht, im Streit lag, den Kurfürsten von Brandenburg in wiederholten und dringenden Vorstellungen anging, sich mit ihr in gemeinschaftlicher Sache gegen das Haus Sachsen zu verbinden; dergestalt, daß der Erzkanzler, Herr Geusau, der in solchen Dingen nicht ungeschickt war, wohl hoffen durfte, den Wunsch seines Herrn, dem Kohlhaas, es koste, was es wolle, Gerechtigkeit zu verschaffen, zu erfüllen, ohne die Ruhe des Ganzen auf eine mißliche Weise als die Ursache auf einen einzelnen erlaubt, aufs Spiel zu setzen. Demnach forderte der Erzkanzler nicht nur wegen gänzlich willkürlichen, Gott und Menschen mißgünstigen Verfahrens, die unbedingte und ungesäumte Auslieferung des Kohlhaas, um denselben, falls ihn eine Schuld drückte, nach brandenburgischen Gesetzen auf Klageartikel, die der Dresdner Hof deshalb durch einen Anwalt in Berlin anhängig machen konnte, zu richten, sondern er begehrte sogar selbst Hilfe für einen Anwalt, den der Kurfürst nach Dresden zu schicken willens sei, um dem Kohlhaas wegen der ihm auf sächsischem Grund und Boden abgenommenen Wappen und anderer himmelschreienden Mißhandlungen und Gewalttaten halber gegen den Junker Wenzel von Tronka Recht zu verschaffen. Der Kammerer, Herr Kung, der bei der Veränderung der Staatsämter in Sachsen zum Präsidenten der Staatskanzlei ernannt worden war, und der aus mancherlei Gründen den Berliner Hof, in der Bedrängnis, in der er sich befand, nicht verlassen wollte, antwortete im Namen seines über die eingegangene Note sehr niedergeschlagenen Herrn, daß man sich über die Unstrengsamkeit und Unbilligkeit wundere, mit welcher man dem Hofe zu Dresden das Recht abspreche, den Kohlhaas wegen Verbrechen, die er im Lande begangen, den Gesetzen gemäß zu richten, da doch weltbekannt sei, daß derselbe ein bezüchtliches Grundstück in der Hauptstadt besitze und sich selbst in der Qualität als sächsischen Bürger gar nicht verleugne. Doch da die Krone Polen bereits zur Auslieferung ihres Anwalt einen Henschel von Unkathen Mann an der Spitze von Sach-

sen zusammenzog und der Erzkanzler, Herr Heinrich von Geusau, erklärte, daß Kohlhaasenbrück, der Ort, nach welchem der Rohhändler heiße, im Brandenburgischen liege, und daß man die Vollstreckung des über ihn ausgesprochenen Todesurteils für eine Verletzung des Völkerechts halten würde, so rief der Kurfürst auf den Rat des Kammerers Herrn Kung selbst, der sich aus diesem Handel zurückzuziehen wünschte, den Prinzen Christian von Meissen von seinen Gütern herbei und entschloß sich, auf wenige Worte dieses verständigen Herrn, den Kohlhaas der Forderung gemäß an den Berliner Hof auszuliefern. Der Prinz, der, obwohl mit den Unziemlichkeiten, die vorgefallen waren, wenig zufrieden, die Belohnung der Kohlhaassachen auf den Wunsch seines bedrängten Herrn übernahm, fragte ihn, auf welchem Grund er nunmehr den Rohhändler bei dem Kammergericht zu Berlin verklagt wissen wolle; und da man sich auf den leidigen Brief desselben an den Magischmidt wegen der zweideutigen und unklaren Umständen, unter welchen er geschrieben war, nicht berufen konnte der früheren Plünderungen und Einräuberungen aber wegen des Plakats, worin sie ihm vergeben worden waren, nicht erwähnen durfte, so beschloß der Kurfürst, der Majestät des Kaisers zu Wien einen Bericht über den bewaffneten Einfall des Kohlhaas in Sachsen vorzulegen, sich aber den Bruch des von ihm eingesezten öffentlichen Landfriedens zu beschweren und sie, die allerdings durch keine Amnestie gebunden war, anzuliegen, den Kohlhaas bei dem Hofgericht zu Berlin deshalb durch einen Reichsanwältler zur Rechtsenschaft zu ziehen.

Wohlgelacht wurde der Kohlhaas durch den Ritter Friedrich von Malzahn, den der Kurfürst von Brandenburg mit sechs Reitern nach Dresden geschickt hatte, geschlossen, wie er war, auf einen Wagen geladen und mit seinen fünf Kindern, die man auf seine Bitte aus Fingel- und Wappenhäusern wieder zusammengeführt hatte, nach Berlin transportiert. Es traf sich, daß der Kurfürst von Sachsen auf die Einladung des Landdrosts, Grafen Nollhus von Raltheim, der damals an der Grenze von Sachsen beträchtliche Besitzungen hatte, in Gesellschaft des Kammerers, Herrn Kung und seiner Gemahlin, der Dame Heloise, Tochter des Landdrosts und Schwester des Präsidenten, anderer glänzenden Herren und Damen, Jagdhunde und Hühner, die dabei waren, nicht zu erwähnen, zu einem großen Tischgänger, das

man, um ihn zu erheitern, angestellt hatte, nach Talmé gereist war; dergestalt, daß unter dem Dach bewimpelter Zelte, die quer über die Straße auf einem Hügel erbaut waren die ganze Gesellschaft, vom Staub der Jagd noch bedeckt, unter dem Schall einer heteren vom Stamm einer Eiche herfallenden Musik, von Wagen bedient und Edelknaben, an der Tafel saß, als der Rohhändler langsam mit seiner Reiterbedeckung die Straße von Dresden dahergezogen kam. Denn die Erkrankung eines der kleinen, zarten Kinder des Kohlhaas hatte den Ritter von Malzahn, der ihn begleitete, genötigt, drei Tage lang in Herzberg zurückzubleiben; von welcher Maßregel er, dem Fürsten, dem er diente, deshalb allein verantwortlich, nicht nötig befunden hatte, der Regierung zu Dresden weitere Kenntnis zu geben. Der Kurfürst, der mit halbhoher Brust, den Federhut nach Art der Jäger mit Farnenweigen geschmückt, neben der Dame Heloise saß, die in Zeiten früherer Jugend seine erste Liebe gewesen war, sagte, von der Unmut des Festes, das ihn umgautelte, heiter gestimmt: „Lasset uns hingehen und dem Unglücklichen, wer es auch sei, diesem Weher mit Wein geben!“ Die Dame Heloise, mit einem herrlichen Blick auf ihn, stand sogleich auf und lächelte, die ganze Tafel plündernd, ein silbernes Gefäß, das ihr ein Page reichte, mit Früchten, Kuchen und Brot an; und schon hatte mit Erquickungen jeglicher Art die ganze Gesellschaft wimmelnd das Belt verlassen, als der Landdrost ihnen mit einem besorgenen Gesicht entgegenkam und sie bei, zurückzubleiben. Auf die betretene Frage des Kurfürsten, was vorgefallen wäre, daß er so bestürzt sei antwortete der Landdrost Lottern, gegen den Kammerer gewandt, daß der Kohlhaas im Wagen sei auf welche jedermann unbegreifliche Nachrich, indem weltbekannt war, daß derselbe bereits vor sechs Tagen abgewest war, der Kammerer, Herr Kung, seinen Nachen mit Wein nahm und ihn, mit einer Abwendung gegen das Belt, in den Sand schützte. Der Kurfürst setzte, aber und aber rot, den feinsten auf einen Teller, dem ihm ein Edelknabe auf den Wink des Kammerers zu diesem Zweck vorhielt, und während der Ritter Friedrich von Malzahn unter ehrfurchtvoller Begrüßung der Gesellschaft, die er nicht kannte, langsam durch die Zelte leinen, die über die Straße liefen, nach Talmé weiterzog, begab sich die Herrschaften auf die Einladung des Landdrosts, ohne weiter davon Notiz zu nehmen, ins Belt zurück.

Ein mutiges Gespenst.

Ein neues Verbrechen? Einigen ist gegen unser Blatt im Saage. Da kommt Mangel von Seiten des Nationalsozialisten.

Am 1. Februar erschien im „N. Z.“ ein kurzer Aufsatz mit dem Titel: „Dittlerismus oder Einigkeit macht Kraft.“ — Wir haben natürlich schon mit dieser Heberchrift die Nationalsozialisten tief gekränkt und erhalten heute prompt einen Brief, lauter und lauter geschrieben, aber — anonym. Der Urgermane aus Kus. den „mit den Novemberverbrechern nicht gemein haben“ will, den uns Mangel an Mut vorwirft, der Judenfeind, der seinem Briefe ein Stückchen des „Bölkischen Beobachters“ beilegt, — er nennt keinen Namen nicht. Sein vorläufig anonym und durch Fenster einen Klumpen Tweed ins Zimmer zu schleichen, dazu lang's. Aber offen zu kämpfen, dazu ist der Herr — zu sehr Nationalsozialist.

In unserem Artikel vom 1. Februar heißt es am Schluß:

Die große Frage bei der sehr kostspieligen Agitation der Nationalsozialisten ist nur die, wer die vielen Millionen zur Verfügung stellt, die Dittler und seine Genossen brauchen. Man hat auf gewisse industrielle Kreise geraten, erzählt, daß der amerikanische Millionär Ford, der bekannte Automobilfabrikant, große Summen zur Verfügung gestellt hat. Jetzt richtet das „Berliner Tageblatt“ die direkte Frage an die nationalsozialistische Parteileitung, ob es richtig ist, daß Beauftragte vor vierzehn Tagen bei der Deutschen Bank, Filiale München, eine Franksumme ausgezahlt bekamen, deren deutscher Gegenwert damals 30 bis 40 Millionen Mark betrug. Der Antwort muß mit Spannung entgegengelesen werden.

Der „Bölkische Beobachter“ heißt darauf folgendes:

Eine neue Verleumdung.

„Das alljährliche „Berl. Tagebl.“ „fragt an“, ob ein Vertreter der nationalsozialistischen Partei einen Frankenbetrag von etwa 40 Millionen Mark von einer Bank erhoben habe. Diese verfährt „Anfrage“ hat natürlich einen durchsichtigen Zweck: auf juristisch möglichste nicht ansehbarem Wege unsere Bewegung als von Franzosen unterstützt zu verleunden. Die Geschäftsführer im „Vorwärts“, „Auer Tageblatt“ usw. haben den gemeinen Wink sofort verstanden und verbreiten die „Anfrage“ fröhlich weiter.

Falls eine Behauptung nach der Richtung ausbricht, so erklären wir sie als eine niederträchtige Verleumdung und werden den Verbreiter derselben nach Verdict ziehen.

Die alte Taktik: Erst sollte es Jugenberg sein, dann Ford, dann die Franzosen, neuerdings sogar die Sowjetjuden! Die alljährliche Pressenanfrage an der „Arbeit!“ Die Parteileitung.

Herr Anonymus sagt in seinem Briefe darüber: „Die Parteileitung hat den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn sie das „N. Z.“ als Geschäftsführer des alljährlichen „Berliner Tageblatt“ bezeichnet.“ „Auer Tageblatt und „Vorwärts“, die Geschäftsführer

tion des „Berliner Tageblatt“, zwei Wäcker, nicht weniger — und gegenüber des „Bölkischen Beobachters“. Schön! Sehr schön! Nationalsozialistische Spontaneität!

Seider halten wir, jedes namentlicher, aber mutgeschwollener Herr aus Kus, isten „N. Z.“ nicht, da wir drei: „Vorwärts“, „N. Z.“ und „B. Z.“ natürlich stets die Blätter gegenseitig tauschen. Infolgedessen haben wir wirklich nicht gelesen, was das „N. Z.“ dem „B. Z.“ und dem „N. Z.“ und dem „Vorwärts“, den drei Judenpressenartikeln, daselbst geantwortet hat wegen der Frantengeschichte.

Wenn Sie und dieses Blatt nicht schämt, können wir Ihre Entgegnungen nicht lesen. Einen Fernleser haben wir nicht. Aber, wenn diese Entgegnungen alle so wichtig und lustig, so germanisch-humoristisch und gewerkschaftsfeindlich gewesen sind, wie die „Neue Verleumdung“, dann bedauern wir aufrichtig, daß uns (soviel Spaß empfangen ist. Aufrichtig gesagt, wir bedauern das; denn lachen ist gesund.

Freilich die Antwort an das „N. Z.“, woher das Geld sei, hätte uns unser Geschäftsführer schon schicken sollen. Wir, wie gesagt, haben sie nicht gelesen. Wir konnten sie deshalb auch nicht drucken. Oder denken Sie wirklich, wir dürfen diese Antwort nicht bringen? O Sie sager „Bugsbugbugbug — Keiner Rann“... Außerdem, wenn der „Bölkische Beobachter“ geantwortet hat, braucht kein anderes Blatt diese Antwort nachzudrucken.

Ihre Leser dürfen nicht wissen, daß alles Lüge ist, was Sie über die Nationalsozialisten... schreiben.“ So heißt es in dem Briefe. Wirklich alles Lüge? Sie belibien wichtig zu sein und zu scherzen! Bei... steht ein Referat von höchst origineller Konstruktion und bezaubernder Sprachschönheit, die besonders hervortritt, wenn man ihn laut und rasch liest; er lautet:

„oder wie Sie immer schreiben „Faschisten“, obwohl die Partei bereits schon am 6. November 1919 offiziell gegründet wurde und seitdem noch kein Mensch von den „Faschisten“ und Mussolini etwas wußte, also auch wieder eine Verleumdung wenn Sie den Führer der N.S.D.A.P. Hitler als „deutschen Mussolini“ bezeichnen.“

Knallmal! Wer hat im November 1919 Mussolini einen Hitler oder Hitlern einen Mussolini genannt? Und wenn wir jetzt Hitler „den deutschen Mussolini“ genannt haben, soll er das deswegen nicht sein können, weil die N.S.D.A.P. 1919 gegründet wurde und Mussolini damals unbekannt war? Logik scheint nicht gerade Ihre Stärke zu sein, Sie Duzmann, Sie! Über die deutsche Sprache beherrschen Sie meisterlich. Und da mag's ruhig auch einmal anderswo haben. Mit diesem Schmonstrum erwecken Sie jedenfalls Ihre Prädestination für Ihre Partei!

Indessen war das alles nur Spaß. Eine Stelle dieses Briefes aber möchten wir zum Schluß bringen; hier bedauern wir besonders, unseren Lesern den Namen dieses Nationalsozialisten nicht mitteilen zu können, der folgendes auszusprechen wagt.

„Es ist mir... zu Ohren gekommen, daß Sie sich darüber aufregen, daß wir gegen die „sogenannte Einheitsfront“ sind und wir uns derselben nicht an-

schließen. Da kann Ihnen nur darauf antworten, daß wir mit den Novemberverbrechern nicht gemein haben wollen, daß wir mit ihnen und allen Konfessanten, die Deutschland vernichtet haben, bis uns in das heilige Land geführt haben, keine Einheitsfront bilden können.“

Das muß sich jeder einmal genau einprägen: Sie wollen keine Einheitsfront! Wenn diese Worte nicht in dem Briefe gefunden hätten, würden wir ihm eine kurze, ruhige Wanderung in den Papstort bestimmt haben. Aber hier spricht nicht ein Einzelner, in diesen Worten liegt mehr, liegt Parteiprogramm, maßiges. Und darum müssen es alle wissen! Sie wollen keine einheitsliche Front, weil in dieser Front auch Sie stehen, die politisch ein wenig anders denken als Sie selbst. Erst Parteiprogramm! Und wenn das nicht sein kann, dann lieber Vernichtung! Kann man sich einen Hirnerbohreren Partikularismus vorstellen? Und wenn der Feind im Land steht: erst die Partei und dann noch einmal die Partei, aber um Himmelswillen keine nationale Einheitsfront!

Wir wollen keine Zeitungsflecke loslassen gegen den Bölkischen Beobachter. Die Zeit bedarf der Einigkeit des deutschen Volkes mehr denn je. Unsere Absicht war nur die, Gedankenwelt und Selbstniveau einer Partei zu beleuchten. Die diese Einigkeit bewirkt bekämpft.

Vermischtes.

Die mißglückte Befreiung von Max Högl. Zu dem mißglückten Befreiungsversuch von Max Högl, der im Breslauer Gefängnis mit der Anfertigung von Zigarettenpacketen beschäftigt wird, wird noch gemeldet, daß Högl schon seit langem mit allen Kräften eine Wiederaufnahme seines Prozesses betreibt. Vor einigen Tagen hat er einen dahingehenden Antrag im Justizhaus zu Protokoll gegeben, obgleich von seinem Verteidiger schon seit langer Zeit die Vorbereitungen für ein Wiederaufnahmeverfahren getroffen sind, das sich in erster Linie auf einige Zeugenaussagen über die Ermordung des Autobesetzers Heß, die bekanntlich Högl zur Last gelegt wurde, stützen soll. Weil ihm die Wiederaufnahme eines Prozesses nicht schnell genug vorstatten geht, ist Högl sowohl mit seinem Verteidiger, als auch mit seiner Partei, der N. P. D., völlig verzweifelt. Högl genießt im Justizhaus fast uneingeschränkte Schreiblaubnis und empfängt auch stundenlang (11) Besuche von nicht Verwandten. Einige seiner Besucherinnen (1), schriftstellerisch begabte Damen, haben in linsichtenden Blättern Berichte über das „elende Leben“ geschrieben, was Högl in der „Zwingsburg Breslau“ zu führen gezwungen sei.

Hochherzige Spende des Papstes. Der Papst hat in hochherzigster Weise wiederum 40 000 Lire, das sind zurzeit 30 bis 40 Millionen Mark, zur Verfügung gestellt, um bedürftigen kranken Studenten deutscher Hochschulen Kuraufenthalt zu ermöglichen. Angesichts der steigenden Not und im besonderen der immer mehr auch unter den Studenten um sich greifenden Tuberkulose ist dieser neue Beweis edler Fürsorge des heiligen Vaters auf das Wärmste zu begrüßen. Die neue Spende ist für bedürftige Studierende aller Bekenntnisse bestimmt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Seemann, Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft, m. b. H., Kus.

Wertbeständige mündelsichere Braunkohlenwertsanleihe des Freistaates Sachsen

3. Ausgabe über

250 000 t Braunkohle

(Förderkohle der Görlitzer Syndikatsgruppe)

Zeichnungspreis: Mk. 27500.— für die Tonne

zuzüglich 7 % Stückzinsen seit 1. Februar 1923;

Rückzahlung ab 1927 in längstens 25 Jahresserien zum jeweiligen Kohlenwert (Bahnabstrpreis einschließlich Steuer) der genannten Kohlenart;

vorzinslich mit einem festen Betrage von 5 % des Zeichnungspreises zuzüglich einer wertbeständigen Kohlenprämie im jeweiligen Wert von 2 % der verbrieften Kohlenmenge. Der Kohlenwert wird aus dem Durchschnitt des Preises in dem dem Fälligkeitstage vorangehenden Kalendervierteljahr gemacht.

Stückelung: 1, 2, 5, 10 und 20 t;

Verzinsung ab 1. Februar 1923; Zinstermin: 31. Januar jedes Jahres.

Zeichnungsfrist: 22. Februar bis 2. März 1923;

Zahlung gegen Zuteilung per 10. März 1923;

Vorzeitiger Zeichnungsloß und Zuteilung auf eine weitere gleichgroße Ausgabe bleibt vorbehalten.

Sächsisches Finanzministerium. Sächsische Staatsbank.

Zeichnungsstellen:

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt,

Commerz- und Privatbank A.-G.,

Sämtliche Sparkassen und Girokassen.

Offertiere zur sofortigen Lieferung für Gemeinden, Industriebetriebe und Bäderien Begünstigten Niederlaufher
la Gl. Rohbraunkohle, Fördertohlen,
abgelebt, Groß — mittel — Klein für Bäder empfohlen.
Andere Kohlen, Braunkohlen, Steinkohlensche
beifalls (6000 B.-C.), Gasgrubste, Stättenste,
Städtel, Weichterf und Gichtert, Koll., Gchelt,
Bündel, Stabst. u. sonstigen Kohlen, Braunkohl,
la Gl. Verkohlungsmittel, Weich- und Spruchmittel,
Gesp. Pulver in Sackweise 25 K.

Höchstzahlung
teilsten 2 junge Kaufleute, die im Monat einige Tage
hier für 1 Zimmer mit 2 guten Betten
eventl. mit Wohnzimmer in Aue.
Angeb. unt. N. Z. 591 an das Auer Tageblatt erb

Zahnräder aller Art

In jeder Größe mit geschliffenen Zähnen. — Verzahnung eingesandter Radkörper.
Maschinenfabrik Oskar Moeschler, Meerane 24 I. Sa.

Carolatheater-Lichtspiele Aue.

Donnerstag bis Sonntag
Fortsetzung des mit größtem Beifall aufgenommenen amerikanischen Episoden-Films
Zirkus Gray
6. Mittel 8. Solos. 8. Mittel
„Gefangen in Meerestiefe“
In der Hauptrolle: Eddie Pola.
Hierzu der neue „Court's“ Maler Roman-Film
„Das Halsband“
Drama in 5 Akten, bearbeitet von Rosa Porten.
Wochentags Anfang 8 und 1/2 Uhr.
Abendöffnung ab 1/2 Uhr.

Zöpfe

reißt u. repariert billigst in kürzester Zeit
Stern & Gouger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz
Bruchkranke
können auch ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Nächste Sprechstunde am 22. Februar 1923 in Zwickau, Hotel Merkur, von 9—1 Uhr.
Dr. med. Laabs, Arzt,
Spezialist für Bruchleiden, Berlin W. 50, Rankestr. 33.
Aufwarte-Frau
1. 8 Tage in der Woche gesucht.
Frau Hedwig Baumann,
Schwarzenberger-Str. 4.

Erste Auer Dampfwäscherei und Neuplättere

für Kragen, Manschetten, Oberhemden, Hauswäsch.
Anerkannt beste Ausführung.
Die Verwendung von Chlor oder sonstigen Bleichmitteln ist unter Garantie in meinem Betriebe ausgeschlossen.
Ca. 20 Annahmestellen in der Umgebung.
Kleinst- und leistungsfähigste Wäscherei des Erzgebirges
J. Paul Breitwieser, Aue :: Fernruf 381.

Schreibmaschine

(auch Mignon) kauft
S. E. Meißner i. G.,
Hörmannstraße 5.
Schreibtisch
mit Schränkchenaufsatz preiswert zu verkaufen.
Papststraße 15, Erzgebirge,
mittags 1—2 Uhr.

Jüngere Kontoristin (19 Jahre)

perfekt in Maschinenshreiben und Stenographie, sowie bewandert in Buchhaltung, sucht per 15. März ab 1. April Stellung in Aue. Angeb. unt. N. Z. 588 an das Tageblatt.
Für besseren Willenshaushalt

Kleine Anzeigen

haben guten Erfolg im
Auer Tageblatt.

Hausmädchen

in gute Stellung bei hohem Lohn gesucht.
Frau Dr. Hallen
Schwarzenberg, Rindschloßstraße 42.